

Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung

Eine interdisziplinäre Bilanz

Herausgegeben
von
Andreas Wirsching



VERLAG ERNST VÖGEL · 81827 MÜNCHEN

2000

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 7 |
| Einleitung | 9 |
| <i>Josef Becker</i> Wiedervereinigung und Deutsche Frage | 15 |
| <i>Andreas Wirsching</i> Grundgesetz und Verfassungswandel | 37 |
| <i>Theo Stammen</i> Politische Kultur nach der Wiedervereinigung | 57 |
| <i>Peter Waldmann</i> Elitenwechsel im Zuge der Wiedervereinigung | 81 |
| <i>Friedrich Wilhelm Graf</i> Der deutsche Protestantismus nach der Wiedervereinigung | 99 |
| <i>Hans Joachim Meyer</i> Der deutsche Katholizismus nach der Wiedervereinigung | 115 |
| <i>Helmut Koopmann</i> Die Wiedervereinigung in der deutschen Literatur | 133 |
| <i>Karl Heinz Hoffmann</i> Wissenschaftspolitik im Spannungsfeld von Zentralismus und Föderalismus | 161 |
| Die Autoren | 173 |
| Personenregister | 177 |

Vorwort

Der vorliegende Band ist das Resultat einer interdisziplinären Ringvorlesung, die im Studienjahr 1998/99 an der Universität Augsburg unter dem Titel „Fünfzig Jahre Bundesrepublik – Tradition und Wandel“ gehalten wurde. Sie knüpfte an eine frühere, analoge Veranstaltung aus dem Jahre 1979 an, deren Beiträge gedruckt vorliegen.¹ Vier der acht heutigen Mitautoren waren bereits 1979 vertreten und hatten daher Gelegenheit, ihre damaligen Auffassungen im Lichte der jüngsten Geschichte zu reflektieren. Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Becker, dem Organisator der damaligen Veranstaltung, gebührt das Verdienst, daß er abermals die Initiative ergriffen, Redner aus nicht weniger als sieben Disziplinen gewonnen und die organisatorische Hauptarbeit übernommen hat. Dem Redakteur der Reihe, Herrn Akad. Dir. Dr. Volker Dotterweich, weiß ich mich durch freundschaftliche Zusammenarbeit nicht nur an diesem Band verbunden. Des weiteren danke ich einmal mehr meiner Sekretärin, Heike Veh-Agbeille, für ihre Einsatzfreude bei der Organisation der Vorträge und der Vorbereitung des Sammelbandes sowie Ingrid Mayershofer, Doris Seehuber und Gisela Batzer für die Mithilfe bei der redaktionellen Bearbeitung der Manuskripte.

Schließlich sei den Herausgebern der Schriftenreihe für die Aufnahme dieses Bandes gedankt und last but not least der Gesellschaft der Freunde der Universität Augsburg und ihrem Vorsitzenden, Dr. Manfred Scholz, die durch einen großzügigen Zuschuß die Durchführung der Vortragsreihe sowie deren rasche Drucklegung ermöglichten.

Augsburg, im Juni 2000

Andreas Wirsching

¹ *Josef Becker* (Hg.), *Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel*, München 1979.

Wiedervereinigung und Deutsche Frage*

Kurt Kluxen zum 10. September 2001

Seit dem Jahr 1999 besteht die Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre. Ihr Grundgesetz wurde 1949 – vier Jahre nach dem Ende des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkriegs – verabschiedet, als „transitorische“ (Th. Heuss) Verfassung für die Zeit der deutschen Teilung. Seit 1990 ist dieses Grundgesetz auch verfassungsrechtliches Fundament des „größeren“ Deutschland, das in Wirklichkeit – anders als dies gelegentlich in den Jahren nach 1990 im Ausland gesehen wurde – nichts mit „Großdeutschland“ zu tun hat, sondern den kleindeutschen Nationalstaat Bismarcks abbildet – seit 1945 durch die Westverschiebung Polens territorial reduziert um die preußischen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße und nach dem Ersten Weltkrieg bereits verkleinert in der Hauptsache um Posen und Westpreußen, den Gewinnen Preußens aus den polnischen Teilungen vom Ende des 18. Jahrhunderts, sowie um Nordschleswig und Elsaß-Lothringen, die Bismarck 1866–1870/71 im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland annektiert hatte. Seit Beginn des neuen Jahrtausends ist diese als Provisorium konzipierte Konstitution des Grundgesetzes die am längsten in Geltung befindliche deutsche Verfassung seit zwei Jahrhunderten.

Hitlers „Tausendjähriges Reich“ existierte gerade einmal zwölf Jahre, ehe es 1945 in dem „Finis Germaniae“ des Zweiten Weltkriegs unterging; 14 Jahre mit fatalem Ausgang waren der unglücklichen Weimarer Republik beschieden; Bismarcks Reichsverfassung von 1871 hatte bis an das Ende des Ersten Weltkriegs und damit bis zum Untergang des Wilhelminischen Reiches ganze 47 Jahre Bestand; und die Wiener Bundesakte von 1815, die nach dem Zusammenbruch des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation in der Ära Napoleons das Zusammenleben der deutschen Staaten in einer Konföderation und die Position dieses Staatenbundes im internationalen System regelte – diese Wiener Bundesakte von 1815 sollte die friderizianische Machtpolitik Bismarcks und den Sezessionskrieg des preußischen Staatsmannes gegen die Mehrheit des Deutschen Bundes mit ihrem Resultat der ersten deutschen Spaltung 1866/70 (der Verdrängung Österreichs aus dem gesamtdeutschen Verband) nicht überleben.

* Der folgende Text gibt im wesentlichen das geringfügig erweiterte und um einige aktuelle Bezüge gekürzte Manuskript des Vortrags vom 12. November 1998 wieder.

I.

„Wiedervereinigung und Deutsche Frage“ ist die Problematik dieses Aufsatzes. Möglichkeiten und Chancen, die einschneidendsten Resultate des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Nation – das Ende der großdeutschen Option, 1938 von Hitler in einer perversen Form realisiert, und die Spaltung von Rumpfdeutschland in zwei Staaten – zu revidieren, standen bereits vor zwanzig Jahren im Zentrum meines Referats über „Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems“. Meine damalige Analyse bot keinen Anlaß zu Hoffnungen auf eine deutsche Wiedervereinigung.¹ Gescheitert schien die sogenannte „Magnettheorie“ aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik – die von CDU wie SPD und FDP in ihrer Mehrheit gehegte Hoffnung, daß die Wiederherstellung des Rechtsstaats, der Aufbau einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie und die Entwicklung eines leistungsfähigen und sozialen Wirtschaftssystems auf die DDR einen Sog ausüben würde, dem sie sich auf die Dauer nicht entziehen könnte. Ein Sieg in dieser „konstitutionellen Konkurrenz“ zwischen Ost und West, die schließlich mit dem Scheitern des „größten Sozialexperiments“ (H.-P. Schwarz) des 20. Jahrhunderts nach einem knappen halben Jahrhundert 1989/90 zugunsten der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft entschieden wurde, zeichnete sich 1979 nicht ab. Erfolglos schien auch die deutschlandpolitische Konzeption des „Wandels durch Annäherung“ mit der sogenannten Konvergenztheorie. Sie ging von der Hypothese prinzipiell ähnlicher wirtschaftlich-technologischer Sachzwänge im kommunistischen Block wie in der westlichen Welt aus, die zu einer Angleichung der Gesellschaften beider Lager und in ihrem Gefolge zu einem Wandel der politischen Strukturen in der Sowjetunion führen würden. Die Konvergenztheorie hat in der Zeit der sozialliberalen Koalition nach 1969 die Hoffnungen auf eine Überbrückung des Ost-West-Gegensatzes und auch auf die Überwindung der deutschen Spaltung bzw. wenigstens von deren Folgen für die Menschen in der DDR genährt.

Im Hinblick auf die internationalen Voraussetzungen hatte sich 1979 die Überzeugung durchgesetzt, daß – trotz der vertraglichen Verpflichtung der Westalliierten auf das Ziel einer Wiedervereinigung durch Adenauers Deutschlandvertrag von 1955 – die ungelöste Deutsche Frage nicht einen Teilkonflikt des Kalten Kriegs, sondern einen Sonderkonflikt zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik darstellte. Der langjährige gaullistische Außenminister und Ministerpräsident Couve de Murville (1958–69) hat dies einmal so formuliert, daß mit dem Mauerbau in Berlin 1961 als der symbolischen Zementierung der

¹ *Josef Becker*, Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems, in: *Ders.* (Hg.), Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel, München 1979, S. 185–219.

deutschen Spaltung die Ost-West-Entspannung „virtuell da war“.² Auch für die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft war die Wiederherstellung der nationalstaatlichen Einheit der Deutschen kein reales Interesse geworden. Als die sozialliberale Koalition 1972 den Grundlagenvertrag mit der DDR (mit der faktischen Anerkennung der innerdeutschen Grenzen und der DDR als eines zweiten deutschen Staates) abschloß, kommentierte die Londoner „Times“ diesen Vorgang, damit sei formell das Bismarck-Reich zu Grabe getragen. Und als wenige Jahre später die Bundesrepublik und die DDR die Helsinki-Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ mit ihrer Festschreibung der europäischen Nachkriegsgrenzen unterzeichneten, beurteilte dies wiederum Couve de Murville als die deutsche Unterschrift unter einen Friedensvertrag und de facto als die völkerrechtliche Besiegelung der Teilung Deutschlands. Schon 1970 hatte der amerikanische Historiker und Deutschland-Experte Gordon Craig festgestellt, selbst auf Seiten der Amerikaner bestehe eine allgemeine Bereitschaft, „die derzeitige Teilung Deutschlands als erträglich und sogar wünschenswert anzuerkennen“.³ In den „Foreign Affairs“ hat dies eine US-amerikanische Juristin im Winter 1989/90 folgendermaßen formuliert: „For the majority of Germans in the postwar period the common denominator of various versions of the German question has been how to bring the Germans back together. For the majority of their neighbors, however, the German problem has been how to keep them apart.“⁴

Die Bilanz im Hinblick auf die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung, die 1979 zu ziehen war, konnte daher nur negativ sein. Blieb aber die Frage, ob diese offenkundige Perspektivenlosigkeit der Deutschen Frage ausschließlich als Folge der nationalsozialistischen Herrschaft und von Hitlers kriegerischem Hegemonie-Versuch zu verstehen sei. Oder spiegelte sich in dieser Ausweglosigkeit nur ein tieferes Dilemma der deutschen Geschichte, das die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa zum Tragen gebracht hatten und das unserer Generation erst voll bewußt wurde?

Ich habe 1979 die Möglichkeit einer deutschen Nationalstaatsbildung im Anschluß an die Formel Andreas Hillgrubers von der „Krimkriegssituation“ im

² Zit. nach *Becker*, Die Deutsche Frage, S. 202.

³ Zit. nach *Becker*, Die Deutsche Frage, S. 202. Craig war Mitglied des von Premierministerin Margaret Thatcher auf deren Landsitz in Chequers einberufenen Expertenseminars zur Deutschen Frage (24. März 1990), das viel Aufsehen erregte (vgl. dazu: *Lothar Kettenacker*, Englische Spekulationen über die Deutschen, in: *Günter Trautmann*, Hg., Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991, S. 197 u. 207).

⁴ *Anne-Marie Burley*, The Once and Future German Question, in: *Foreign Affairs* 68 (1989) S. 65.

wesentlichen abhängig gesehen von der Rolle, die Rußland im internationalen Staatensystem spielt. Bismarcks Reichsgründung gelang in dem Jahrzehnt nach der Niederlage des Zarenreichs im Krimkrieg (1853–56) zu einem Zeitpunkt, da die östliche Flügelmacht des europäischen Staatensystems zu inneren Reformen gezwungen war, um ihren auf den Schlachtfeldern der Krim eklatant gewordenen sozialen und technischen Modernisierungsrückstand gegenüber dem Westen aufzuholen. Es war also aus innenpolitischen Gründen eine Phase verminderter Interventionskapazität Rußlands in Mitteleuropa, die den äußeren Rahmen von Bismarcks erfolgreicher Reichsgründungspolitik schuf. Der Schlüssel zur kleindeutschen Nationalstaatsgründung 1870/71 lag in St. Petersburg.

Daß die elementaren Spielregeln und Gesetze des internationalen Staatensystems auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch im wesentlichen die gleichen waren und sind wie im 19. Jahrhundert, war die Grundvoraussetzung für das Verständnis der Deutschen Frage.⁵ Konnte dann aber, so lautete 1979 meine Frage, deutsche Politik erneut auf die Entstehung einer Krimkriegs-Konstellation setzen: im nuklearen Zeitalter, wenn jeder größere Krieg, in den die Supermacht UdSSR verwickelt war, zu einem atomaren Krieg zu werden drohte? Konnte man Hoffnungen setzen auf eine Verschärfung der sowjetisch-

⁵ Vgl. generell *Anselm Doering-Manteuffel*, Die Deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871, München 1993. Aus der Flut an Literatur zur Deutschen Frage vgl. die Beiträge von *Johannes Burkhardt* (Alte oder neue Kriegsursachen?), *Klaus Hildebrand* (Der deutsche Nationalstaat als Großmacht 1871–1914), *Helmut Altrichter* (Die alliierte Deutschlandpolitik), *James J. Sheehan* (1871, 1990) sowie *Michael Stürmer* (Europa als politische Lebensform), in: *Walther L. Bernecker* u. *Volker Dotterweich* (Hg.), Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996 sowie: *Werner Link*, Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998; *Guido Müller* (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift Klaus Schwabe, Stuttgart 1998; *Klaus Schwabe* u. *Francesca Schinzinger* (Hg.), Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Teile, Stuttgart 1993/1994; *Werner Weidenfeld* u. *Karl-Rudolf Korte*, Die Deutschen – Profil einer Nation, Stuttgart 1991; *Hans-Jürgen Schröder* (Hg.), Die deutsche Frage als internationales Problem, Stuttgart 1990 und *Heiner Timmermann* (Hg.), Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg. Entwicklungen, Verflechtungen, Konflikte, Saarbrücken-Scheidt 1990. Für erste wissenschaftliche Einordnungen der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR vgl. *Hans-Peter Schwarz*, Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, Opladen 1996; *Heinrich August Winkler*, Streitfragen der deutschen Geschichte, München 1997; *Wolfgang J. Mommsen*, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 16. Juli 1993 und *Alf Lüdtke*, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 28. Aug. 1998. Vgl. ferner: Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft. Dokumentation zum Verfassungskongreß „50 Jahre Grundgesetz/50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ vom 6. bis 8. Mai 1999 in Bonn, hg. v. Bundesministerium des Innern unter Mitarbeit von *Otto Depenheuer* u. *Heinrich Oberreuter*, Opladen 1999.

chinesischen Konkurrenz an der sibirischen Grenze und in deren Gefolge mutatis mutandis auf eine Wiederherstellung der Krimkriegs-Konstellation, wenn jeder bewaffnete Konflikt zwischen diesen beiden Staaten ebenfalls die Gefahr einer nuklearen Konfrontation barg? Hatte nicht unser Grundgesetz und hatten nicht vielfache Erklärungen unserer verantwortlichen Politiker die Anwendung von Gewalt zur Wiederherstellung der nationalen Einheit ausgeschlossen? Lautete die Prioritätensetzung unseres Grundgesetzes nicht: Freiheit – Frieden – Einheit, und war damit (völlig unabhängig von den Erinnerungen an die beiden verheerenden Weltkriege) ein von deutschem Boden ausgehender Krieg überhaupt noch denkbar? Verbot sich damit nicht kategorisch eine Politik, die das Risiko eines Krieges nicht zur Verteidigung der Freiheit, sondern – wie bei den Reichsgründungskriegen Bismarcks (1864, 1866 und 1870/71) – zur Erringung einer nationalen Einheit einging?

Es waren diese Überlegungen, die mich 1979 den Schluß ziehen ließen, daß eine Wiedervereinigung auf absehbare Zeit – und das hieß damals in Jahrzehnten – ausgeschlossen sei; und daß eine Wiederherstellung der deutschen Einheit daher von dem Willen der Bevölkerung in der DDR, das hieß: von der Möglichkeit abhängt, ein nationales Einheitsbewußtsein oder Zusammengehörigkeitsgefühl über Jahrzehnte hinweg überhaupt zu konservieren; daß es also eine Sache des Volkes der DDR sei, ob etwa im nächsten Jahrhundert die Einheit der kleindeutschen Nation nochmals auf die Tagesordnung der Geschichte kommen würde. Nur an einer Stelle meines damaligen Vortrags – in einer Parenthese – schloß ich die Möglichkeit revolutionärer Veränderungen nicht aus, die die Sowjetunion zur Preisgabe ihres wichtigsten Verbündeten und des bedeutendsten Wirtschaftspotentials in ihrem Block veranlassen könnten. Das war indes mehr eine „salvatorische Klausel“ als Ausdruck einer konkreten Erwartung. Vielleicht hat bei dieser außenpolitischen Skepsis auch eine Rolle gespielt die Erinnerung an die katastrophale Unterschätzung der Sowjetunion als eines Kolosses auf tönernen Füßen, die eine der Voraussetzungen für die Hybris von Hitlers Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die slawischen Völker war. Jedenfalls fehlte die Phantasie, einen vollständigen Zusammenbruch des Sowjetimperiums vorherzusehen, wie er sich ein Jahrzehnt später vollziehen sollte und in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Die Ereignisse des Jahres 1989/90, wie unvorhergesehen sie auch waren und wie unerwartet zum Zeitpunkt der Ringvorlesung des Jahres 1979, bestätigten aber die Einschätzung, daß die Schlüssel zur Deutschen Frage in Rußland lagen. Ich kann hier nicht im einzelnen auf die Ursachen eingehen, die zu dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums führten. Der akademische Ehrenbürger der Universität Augsburg, Herwarth von Bittenfeld, der zu Beginn des Zweiten Weltkriegs der deutschen Botschaft in Moskau attachiert war und in dieser Funktion in einem verzweifelten Versuch, den Krieg zu verhindern, westliche